Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 42

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Einhalt zu bieten. (Vgl. das Unionsdekret vom 24. April 1958.) Die Festigung der führenden Rolle der Union festigt die Einheit der Sowjetvölker und Staatsformationen.»

Im letzten Kapitel stellt der Verfasser bezüglich der zukünftigen Verfassungsreform gewisse Forderungen auf: die neue Verfassung muss die Kompetenzen der Union, der Unionsrepubliken, sowie der übrigen Formationen genau abgrenzen. Eine wichtige Forderung ist die genaue Formulierung der obersten Leitung aller Sowjets durch die Union, welche als Garantie der Einheit der Sowjets und der einheitlichen Staatsdisziplin und sozialistischen Gesetzlichkeit betont wird. Der Verfasser befürwortet die Ausarbeitung der Unionsgrundsätze der Statuten der Lokalsowjets, genau so, wie die Grundsätze der Strafjustiz usw. Auch die Statuten der einzelnen autonomen Formationen müssen zentralerweise ausgearbeitet werden.

Bei diesen Forderungen formuliert der sowjetische Verfasser die wirkliche Tendenz der Chruschtschew-Aera.

Soziales

Jugoslawien

Die neuen Dienstboten

Junge Arbeiterinnen in Jugoslawien müssen sich als Dienstmädchen bei älteren Damen engagieren lassen, wenn sie zu einigermassen erschwinglichen Preisen logieren wollen.

Ueber eine Befragung unter Textilarbeiterinnen, welche das ZK der jugoslawischen Volksjugend in Verbindung mit der Gewerkschaft für Textil- und Lederarbeiter durchführte, berichtete «Mladost» (Belgrad) ausführlich. Die Untersuchung beschäftigte sich sowohl mit den Arbeitsverhältnissen als auch mit den allgemeinen Lebensbedingungen der Arbeiterinnnen und förderte einige interessante Ergebnisse an den Tag.

So hat man allgemein eine Lohndiskriminierung zugunsten der erfahreneren Angestellten festgestellt, obwohl die Ansätze fix geregelt sind. Die Fabrikleitung geht gewöhnlich so vor, dass ältere Arbeiterinnen auf Posten versetzt werden, wo sie die Möglichkeit haben, durch Akkord mehr zu verdienen. Auch werde bei der Verteilung der Monatszulagen willkürlich vorgegangen. Im Monatsdurchschnitt komme so eine routinierte Arbeiterin auf 15 000 Dinar, ihre jüngere Kollegin aber auf 12 500 Dinar. In einigen Betrieben (Belgrad, Zemun und Vucie) werde einfach den Neubeschäftigten automatisch 10 Prozent des Lohnes abgezogen, solange es der Vorarbeiter für gut finde.

Neben dieser ausbeuterischen Lohnpolitik gab es auch organisatorische Missstände zu rügen. In Serbien etwa wurde ein Betrieb entdeckt, wo Facharbeiter mit absolvierter Textilschule die Büroräume putzen, während ungelernte Kräfte die Textilmaschinen bedienten.

Was die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen angeht, gelangt «Mladost» zur Feststellung, dass es mit der Ernährung allgemein gut, mit dem Wohnen allgemein schlecht bestellt sei. Die Fabrikküchen und Werkkantinen liefern gute Mahlzeiten zu billigen Preisen (30 bis 70 Dinar, d. h. einem halben bis ganzen Stundenlohn), wogegen die Wohnungsnot zur Ausbeutung der Zimmersuchenden führt. Zahlreiche junge Arbeiterinnen können nur dann Zimmer zu annehmbaren Preisen finden, wenn sie Dienstbotenarbeiten für die Vermieterin übernehmen, wobei einzelne Fälle bekannt wurden, da junge Mädchen ihre ganze freie Zeit praktisch als Dienstmädchen verbrachten. Die zusätzliche Beschäf-

Georgische Sozialistische Sowjetrepublik

(Grusiniche SSR)

Geschichte: Das 1783 dem russischen Kaiserreich vertraglich unterstellte und von diesem 1801 rechtswidrig annektierte Georgien versuchte 1917 seine Unabhängigkeit zu erkämpfen. Mit Armenien und Aserbeidschan zusammen bildete es die antisowjetische «Transkaukasische Föderative Republik». Nach Auflösung dieser Föderation vermochte Georgien das unvermeidliche Schicksal etwas hinauszuzögern.

Auf Druck des Kremls wurde am 5. Mai 1920 ein Friedensvertrag mit der RSFSR geschlossen. Nachdem Sowjettruppen im Herbst 1920 Aserbeidschan überrannt hatten, brach Anfang 1921 der von Moskau aus vorbereitete Aufstand gegen die antisowjetische (menschewistische) Regierung von Tiflis aus, und der sogleich errichtete bolschewistische «revolutionäre Kriegsrat» rief die Sowjetstreitkräfte ins Land. Nach Errichtung der «unabhängigen» Georgischen SSR wurde der übliche Militär- und Wirtschaftspakt mit der RSFSR abgeschlossen, und nach einem Jahr erfolgte der Zusammenschluss mit Armenien und Aserbeidschan zur Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, welche anlässlich der Gründung der UdSSR (30. Dezember 1922) als Mitgliedstaat anerkannt wurde. Dennoch herrschte in den Jahren 1922 bis 1926 eine starke nationale Bewegung (auch innerhalb der seit 1920 bestehenden Georgischen KP) gegen Moskau. Die Verfassung von 1936 löste die Föderation auf und erklärte Georgien und die übrigen zwei transkaukasischen Republiken zu «souveränen» Unionsrepubliken.

Staatsform: Wie die RSFSR eine «doppelt föderative Sowjetrepublik» mit autonomen Territorien innerhalb der Föderativen Republik Georgien selbst. Es handelte sich um die Autonomen Republiken (ASSR) Abchasien und Adscharien sowie das Süd-Ossetische Autonome Gebiet. Verwaltungsaufbau wie in den übrigen Unionsrepubliken.

Verfassung: 1937 angenommen auf Grund der stalinistischen Verfassung von 1936.

Fläche: 16 700 Quadratkilometer (ausdehnungsmässig an zehnter Stelle der 15 Republiken).

Einwohner: Gut vier Millionen (42 Prozent Stadtbevölkerung, 58 Prozent Landbevölkerung). 57 Einwohner pro Quadratkilometer. Nach Einwohnern an sechster Stelle der Sowjetrepubliken.

Einwohner der Abchasischen ASSR 400 000, der Adscharischen ASSR 242 000 und des Süd-Ossetischen Autonomen Gebietes 96 000.

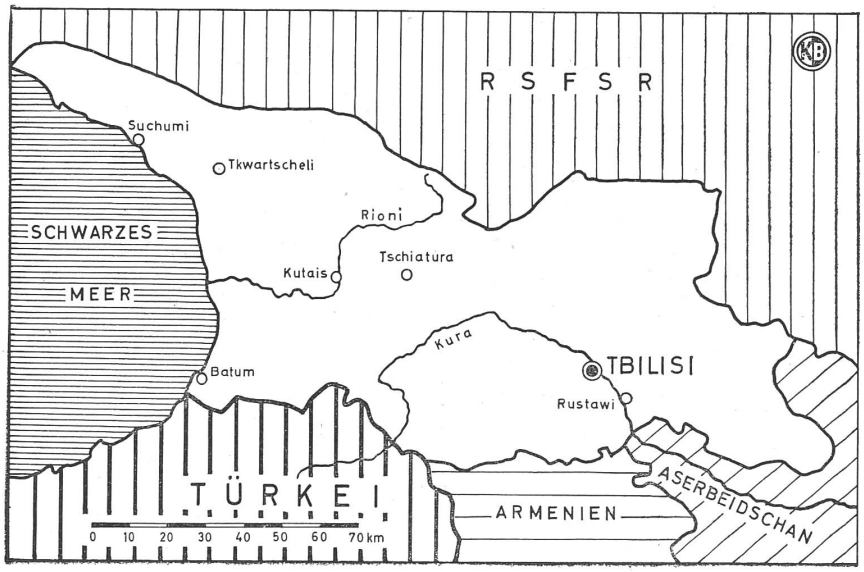
Hauptstadt: Tbilisi (Tiflis) mit 700 000 Einwohnern. 70 Städte oder Siedlungen städtischen Charakters.

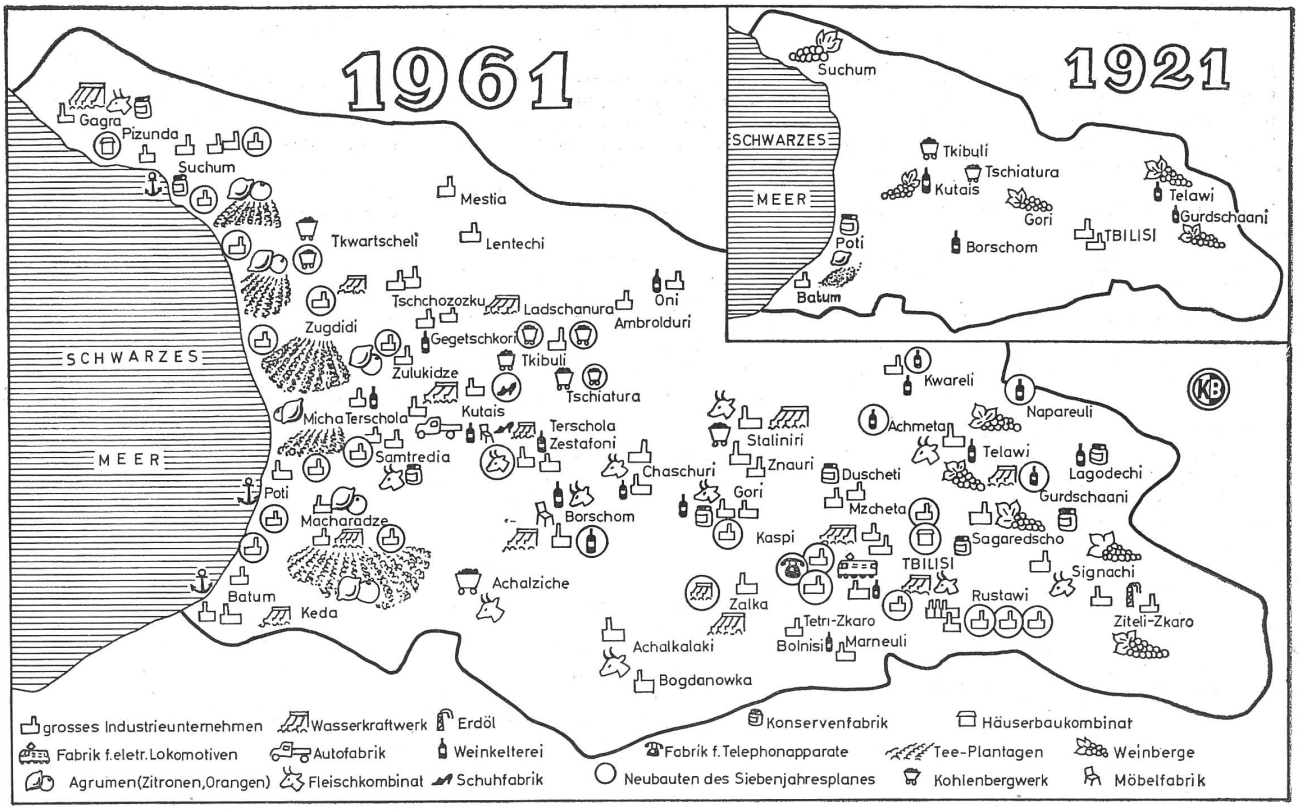
Bevölkerung: Grösste nationale Gruppen sind: Georgier 63 Prozent, Armenier 11 Prozent, Russen 10,8 Prozent, Aserbeidschaner 3,9 Prozent, Osetiner 3,5 Prozent. Abchaser 1,8 Prozent.

Wirtschaft: Siehe Spezialkarte.

Touristik: Dank der Schwarzmeerküste und dem kaukasischen Gebirge bevorzugtes Ferien- und Reiseland von grosser Naturschönheit.

Kultur: Der übernommene Reichtum an altem georgischen Brauchtum (Theater, Musik, Tänze) wurde zur stalinistischen Zeit nicht nur nicht unterdrückt, sondern eher gefördert (Stalin war Georgier und wuchs in Gori auf), und wird noch heute gepflegt, wobei er jetzt als Aushängeschild für die innerhalb der UdSSR gewährte kulturelle Autonomie zu dienen hat. Diesbezüglich ist die Russifizierung weniger aufdringlich als anderswo. Auch ist der Georgier von stolzer und unabhängiger Art (antisowjetische Strömungen sollen immer noch überraschend stark sein).





Vielseitige georgische Wirtschaft

Georgien ist vielleicht nicht das sowjetische Gebiet mit dem steilsten Produktionsaufschwung, obwohl gerade der gegenwärtige Siebenjahresplan in dieser Beziehung sehr ehrgeizig ist (zwischen 1958 und 1965 ein um 75 Prozent gesteigerter Industrie-Ausstoss), noch spielt es in der sowjetischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik eine eminente Rolle.

Was an der Wirtschaft der Republik bemerkenswert ist, dürfte vor allem die Vielseitigkeit sein. Von Bergbau und Oelschürfungen über Schlüsselindustrie und Konsumgütererzeugung bis zur Herstellung von Luxusgütern und zur Anpflanzung von Genussmitteln ist heute ziemlich alles zu finden. Unsere Karte, einer Darstellung der «Sarja Wostoka» nachgezeichnet, gibt über die Verteilung der wichtigeren Produktionsgüter Aufschluss, wobei dem Vergleich zum «Sowjetisierungsjahr» 1921 natürlich nicht allzugrosse Bedeutung zukommt, wurde doch damals — wenigstens was die Industrie anbetrifft — praktisch beim Nullpunkt angefangen, von wo aus es nur Fortschritte geben konnte.

Nicht nur Aufbau, sondern auch Umstellungen erfuhr die georgische Landwirtschaft. Die Haupterzeugnisse waren noch bis in die Sowjetzeit hinein Getreide, Bohnen, Früchte, Reben und Tabak, der allein für den Handel eine nennenswerte Rolle spielte. Heute sind tatsächlich die Möglichkeiten subtropischer Pflanzungen besser ausgenutzt: Eigentliche Plantagen für Teeblätter und Südfrüchte (Zitronen, Mandarinen, Orangen, Grapefruits) sind entstanden, die Rebberge und Obstgärten wurden erweitert. Die neuere Landwirtschaftspolitik der Chruschtschew-Aera legt nun allerdings wieder das grösste Gewicht auf den Getreidebau, wobei der Ertrag in den letzten Jahren u. a. wegen der Bürokratisierung der Kolchoswirtschaft nicht den Erwartungen entsprach.

Die Herstellung von Verbrauchswaren nimmt in Georgien im Unterschied zu den wirtschaftlich massgebenden Republiken einen wichtigen Platz ein. Woll-, Baumwoll- und Seidenstoffe werden in grossen Mengen verarbeitet, und die Kleiderkonfektion ist relativ beachtlich.

Das will nicht heissen, dass der kommunistische Grundsatz der Schwerindustrieproduktion völlig vernachlässigt worden wäre. Georgien produziert u. a. Elektrolokomotiven, Lastwagen, Elektromotoren, Kräne, Präzisionsapparate und verschiedene Werkzeuge. Insgesamt hat die Republik gut tausend moderne Industrieunternehmungen.

Von zunehmender Bedeutung ist der Bergbau (Manganerz, Kohle) und die Erdölförderung mit den entsprechenden Raffinerien.

Die alte transkaukasische Föderation besteht als Wirtschaftsgebiet weiter, so dass Georgien in dieser Beziehung mit Armenien und Aserbeidschan gekoppelt ist, dessen Hauptstadt Baku auch die ökonomische Hauptstadt der drei Republiken ist (Aserbeidschan hat als Erdölproduzent neue Bedeutung erhalten; sonst ist wirtschaftlich Georgien führend). Die Republik Georgien bildet seit 1957 einen Wirtschaftsbezirk (Teil eines Wirtschaftsgebietes) mit Sitz des Volkswirtschaftsrates (Sownarchos) in Tiflis. (Ueber diese Begriffe der sowjetischen Wirtschaftszentralisierung siehe besonders KB Nrn. 23 und 24). Diese Gliederung wurde auch bei der letzten Neuregelung der Wirtschaftsstruktur dieses Frühlings beibehalten.

---

tigung umfasst Einkaufen, Kochen und «Kartenspielen sowie Vorlesen von Kriminalromanen».

Das Wohnungsproblem ist für die jungen unverheirateten Mädchen besonders schwierig zu lösen, weil die Bautätigkeit auf die Bedürfnisse alleinstehender Personen keine Rücksicht nimmt. So hat die Kleiderfabrik «Partisan» in Belgrad in ihrem Plansoll für die nächsten fünf Jahre wohl den Bau von 263 Familienwohnungen vorgesehen, lässt aber keine einzige Einzimmerwohnung erstellen. Auf ein Zimmergesuch einer ledigen Arbeiterin antwortete die Betriebsleitung: «Heirate sofort, warte noch ein oder zwei Jahre, und Du wirst Deine Wohnung erhalten.»

Trotz Preiserhöhung verbrachten dieses Jahr 25 Prozent mehr ausländische Touristen ihre Ferien in Jugoslawien als 1960. Nächstes Jahr sollen die Preise für Unterkunft und Verpflegung wieder um zehn Prozent herabgesetzt werden.

Staat

Sowjetunion

Autonome Atomrepublik

Das autonome Gebiet von Tuwa, seit über zehn Jahren Nuklearwaffentestzone an der mongolischen Grenze, ist in den Rang einer Autonomen Sowjetischen Sozialistischen Republik (ASSR) erhoben worden. Das Ereignis ist in der Hauptstadt Kisil feierlich begangen worden.

Mit der Gründung der neuen ASSR hat die Sowjetunion überdies einer vor 17 Jahren vollzogenen Annexion einen festeren staatlichen und formellen Rückhalt gegeben, denn die sowjetische Zugehörigkeit des Gebietes wurde anscheinend zwar von

der Mongolischen Volksrepublik nie angezweifelt, war aber anderseits auch nie richtig erwiesen. Der Wink, das militärisch wichtige Territorium nicht anzutasten, dürfte eher Peking als Ulan Bator gegolten haben.

Tuwa, am Oberlauf des Jenissei an der Grenze der Mongolischen Volksrepublik gelegen, gehört zu den neueren territorialen Erwerbungen der Sowjetunion, die nun mit ihrem Vorgehen die Frage restlos zu klären gesucht hat. Der tuwinische Besitz war lange Zeit zwischen Russland und China umstritten gewesen. Russland hatte erst ab 1727 das Gebiet für sich beansprucht, dann 1864 gegenüber China auf seine Rechte verzichtet, 1912 aber erneut ein Protektorat errichtet. Dieses wurde von der RSFSR 1921 zwar offiziell preisgegeben, doch blieb das Land stillschweigend militärisch besetzt und wurde praktisch weitgehend sowjetisiert.

Während des Krieges (11. Oktober 1944) wurde Tuwa nach offizieller Lesart «auf eigenen Antrag» und «zur Anerkennung der von ihm gegen Deutschland geleisteten Hilfe» aus einer «Volksrepublik» in eine «sozialistische Republik» umgewandelt und als autonomes Gebiet der RSFSR angeschlossen. («Tuwa ist vor 17 Jahren freiwillig in die einheitliche Familie der Brüdervölker der UdSSR eingetreten», meldete am 11. Oktober die sowjetische Presse.) Praktisch lag eine nur notdürftig verhüllte Annexion vor, mit der sich der primär interessierte Staat, die selbst an die Sowjetunion gekettete Mongolei, abzufinden hatte.

Die neue SSR umfasst 166 000 Quadratkilometer, während von den 172 000 Einwohnern nur 100 000 Tuwinen sind. Etwa 1950 begannen die Sowjets in der Region von Tannu-Tuwa ihre ersten Werke zur Herstellung von Atombomben. Die recht eigenartige Landschaft, welche infolge der Flusserosion von Felsvorsprüngen gegen oben fast vollständig gedeckt ist, bietet so für geheime Anlagen mit natürlicher Tarnung die besten Möglichkeiten. Anscheinend ist das Gebiet auch wirtschaftlich in den letzten Jahren interessant geworden. Es besitzt «unübersehbare Bodenschätze» («Sowjetskaja Rossija») und wird rasch industrialisiert.

Eine Reaktion macht sich in der sowjetischen Fachpresse gegen die von Chruschtschew seit Frühling dieses Jahres mit erheblich vergrösserten Kompetenzen ausgestatteten gesellschaftlichen Gerichte bemerkbar.

Trägerin der Kritik war keine geringere als die Monatszeitschrift «Sowjetskaja Justizija», Organ des RSFSR-Justizministeriums in Moskau. In ihrer letzten Nummer beschreibt sie eine Reihe von Willkürurteilen, gefällt durch die «Volksgerichte», die seit einem halben Jahr Deportationen bis zu fünf Jahren veranlassen können (Gesetz vom 4. Mai über verstärkten Kampf gegen Personen, die sich weigern, nützliche Arbeit im Interesse der Oeffentlichkeit zu leisten und einen parasitären Lebenswandel führen).

Aus den Beispielen der «Sowjetskaja Justizija»: Eine Frau, die als Rentenempfängerin lebte, wurde aufgefordert, binnen drei Tagen eine Arbeit anzunehmen. Da sie ihre neue Arbeit in einer zentralsibirischen Sowchose erst am vierten Tage aufnehmen konnte, wurde sie zur «Zwangsaussiedlung auf die Dauer von fünf Jahren» (d. h. Deportation) verurteilt.

Ein 19jähriger, der schon im Frühling auf Komsomol-Anordnung in die Provinz ausgesiedelt worden war, hatte an seinem neuen Arbeitsort Schwierigkeiten, weil man ihn nicht wunschgemäss als Schlosser anstellte. Gelegentliches «Schwänzen» führte zu seiner Verhaftung durch die Miliz und zu seiner Verurteilung (Deportation auf zwei Jahre). Zwangsaussiedlung (je drei Jahre) wurde sogar bei einem wegen Herzleiden Arbeitsunfähigen und bei einer Irren verfügt (im letzten Fall durch die Eigenmächtigkeit eines einzelnen Volksrichters).

Das ist nur ein Auszug aus der angeführten Liste, die selbst nach Aussage der Zeitung nicht vollständig ist. «Sowjetskaja Justizija» schreibt zum Schluss: «Die hier angeführten Fehler und Mängel in der Gerichtspraxis können als charakteristisch für die Arbeit der Miliz und der Staatsanwaltschaft angesehen werden.»

Partei

SBZ

Kummer mit KP-Mitgliedern

Ein aufschlussreiches Bild über die Stimmung in den SED-Betriebsparteiorganisationen liefert ein Bericht der Parteileitung im «Reichsbahn»-Ausbesserungswerk Delitzsch, dem nachstehende Auszüge entnommen sind:

«Die Hauptursache für die Nichterfüllung unserer Planaufgaben und die Vergrösserung der Planrückstände liegt darin, dass ein Teil unserer Belegschaftsmitglieder — und selbst unserer Parteimitglieder — von opportunistischen Anschauungen angefressen und aufgeweicht ist. Sie jammern über Schwierigkeiten, ziehen oberflächliche Vergleiche zwischen Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik und zweifeln an unserer gerechten Sache... In der Mitgliederversammlung der Lackiererei gab es solche Auffassungen: um den Westen einzuholen, fehlt es bei uns noch an sehr vielem; solange es denen im Westen noch gut geht, können wir bei uns keinen Menschen überzeugen... Ich (der Parteisekretär) muss dem Parteiaktiv mitteilen, dass genau 600 Kollegen von 1959 bis jetzt nach Westdeutschland gefahren sind. Viele von ihnen erklärten vor der Kommission, dass sie drüben auftreten werden und dass durch die Aufrechterhaltung der Reisegenehmigungen die Wiedervereinigung gefördert wird. Was aber ist dabei herausgekommen? Etwa die Niederlage der deutschen Militaristen und der verstärkte Kampf gegen die Kriegsverbrecher in Westdeutschland? Sind die besuchten Familien überzeugt worden? Davon ist nichts zu spüren!»

Am Ende des Berichtes werden die Parteimitglieder noch einmal wegen ihrer Passivität heftig gerügt. U. a. wird festgestellt: «Es ist eine Schande für die Parteiorganisation, dass in dem Wohnbezirk, in dem die meisten Genossen und Kollegen unseres Werkes wohnen (im Norden unserer Stadt) — darunter 100 Genossen — nur 45 an der Rechenschaftslegung teilnahmen.»

Mehrere Funktionäre der «Demokratischen Bauernpartei» der Sowjetzone sind in den letzten Wochen ihrer Parteifunktionen enthoben und aus Staatsfunktionen, in die sie nach den «Wahlen» am 17. September wieder oder neu berufen worden waren, entlassen worden.

«Ich bürge dafür, dass niemand, der einen solchen Hund totschlägt, von der Justiz der Arbeiter- und Bauernmacht dafür zur Rechenschaft gezogen wird.» Dies sagte der Leiter der Abteilung Arbeit im «Volkseigenen» Betrieb Anilindruck in Leipzig, Herbert Vogelreuter (SED), als er die Belegschaft aufforderte, «jedem, der im Betrieb negative Aeusserungen macht, Hetznachrichten verbreitet oder Panikstimmung erzeugen will, auf die Schnauze zu schlagen».

Erziehung

Bulgarien

Parasitenschulen

Sonderschulen für potentielle Schädlinge der kommunistischen Moral, Arbeitsscheue und Nichtstuer werden in Bulgarien Kinder aufnehmen, die «sich in Gefahr befinden, schädlichen Einflüssen zu erliegen». Ein Sondererlass der Regierung verlangte diesen Herbst die Bildung von Sonderausschüssen zur Bekämpfung der asozialen Erscheinungen bei Jugendlichen. Es sollen besondere Erziehungsheime geschaffen werden, wo man Zöglinge unterzubringen hat, die auf Grund ihrer Umgebung gefährdet erscheinen.

In Bulgarien haben sich die Klagen über eine zügellose Jugend seit einigen Monaten gehäuft. Man ging gegen Halbstarke und «Parasiten» mit zunehmender Schärfe vor und deportierte sie zur Arbeitserziehung auf das Land, wo die Arbeitskräfte davonlaufen. Anscheinend ist man heute zur Ansicht gekommen, dass das Uebel an der Wurzel zu bekämpfen sei, so dass man auf die Idee einer Art von «Präventiv-Besserungsheime» gekommen ist.

Die Unzufriedenheit unter der bulgarischen Bevölkerung war diesen Sommer von der Partei mit der gleichen Massregel beantwortet worden, die zugleich der schlecht stehenden Landwirtschaft Arbeiter zuführen sollte. Es war zu Massenaussiedlungen unter den «schädlichen Elementen» der Städte, insbesondere Sofias, gekommen.

Die aktive Dienstzeit in der bulgarischen Armee ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden, da, wie es in der Begründung des ZKs der KPB heisst, «die Türkei und Griechenland mit aktiver Unterstützung der USA einen Angriff gegen Bulgarien planen».

In Bulgarien sind zwei LPG-Mitglieder wegen Diebstahls kollektivwirtschaftlicher Güter zum Tode verurteilt worden. Eine Terrorwarnung an die Bauern, die der Kollektivwirtschaft Widerstand leisten.

BRIEFE

So oder so bleibt sich das gleich

Ich habe die Weststaaten im Verdacht, wenn sie sicher wären, dass die gleichen Herren, die heute Staat spielen, weiterhin am Ruder bleiben könnten, im gewissen Sinne der bolschewistische Staat ihnen noch die bequemere Daseinsform bieten würde. In diesem Sinne hörte ich einmal

ein Gespräch unter Industriellen an, die für unsere Arbeiter die russische Methode der Ausbeutung als das, was sie uns gönnen möchten, gar nicht ablehnen...
Die heutige Politik der Russen in der Umsiedlung der geschlossenen Volksgemeinschaften zur Zerstreuung der Bevölkerung ist auch bei uns System des Staates. Nur wird es Fremarbeiterpolitik genannt, wirtschaftlich begründet und getarnt. Aber der Effekt ist derselbe, Zerstörung der Volksgemeinschaft zur Stärkung gegen das Volk...
Möge das Schicksal gnädig sein, dass es immer diese Auseinandersetzung mit dem Osten gebe, so bekümmert sich endlich das Bonzentum um die Armen, Unterentwickelten bei uns und in andern Ländern... Was Sie aber verteidigen, das ist der Klüngel und dessen System einer Ordnung, das diesem dient. Wie gesagt, hätte dieser Klüngel die Ueberzeugung, dass die Charge im Staatswechsel nicht ebenfalls ausgewechselt würde, ich zweifle nicht, dass wir dann nicht auch schon morgen den Bolschewismus von denen geniessen dürften. Auch in Russland lebt der Klüngel gut. Aber eben, es kam eine andere Sorte hoch beim Bühnenwechsel, und da hat man eben Angst, nicht dabei zu sein...
Im Grunde wünsche ich keines von beiden (Systemen). Beide haben sich als schmutzig, verbrecherisch, korrupt und volksfeindlich erwiesen. A. v. R. in Zürich

Klüngel hier, Klüngel dort, was ist der Unterschied? Nun, wir wüssten gleich mit einem Unterschied zu beginnen, der Ihnen einleuchten dürfte: Hätten Sie beispielsweise als sowjetischer Bürger einer Zeitung Ihres Landes einen Brief im gleichen Sinn geschrieben, so hätte es Ihnen sicherlich Deportation eingebracht und möglicherweise auch das Leben gekostet. Beim hiesigen «Klüngel», den wir Ihrer Ansicht nach unterstützen, passiert Ihnen selbstverständlich nichts dergleichen. Im Gegenteil, Ihre Meinung wird abgedruckt (wenn auch nicht gerade im ganzen Wortlaut der fünf enggeschalteten Seiten).

Ueberhaupt ist das mit den Vergleichen so eine Sache. Etwa Ihre Gleichsetzung der sowjetischen Massendeportationen, wo Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern verschleppt, zum Teil liquidiert wurden oder sonst umkamen, mit der «Fremdarbeiterpolitik» bei uns, die immerhin — um nur das Greifbarste zu nennen — für jene und für uns Verdienst bedeutet.

Im übrigen weisen Sie auf viele Unzulänglichkeiten bei uns hin, die unbestreitbar bestehen: Wirtschaftseinfluss, das Spielen von Beziehungen u. a. Das sind nun Mängel, die aus einem Missbrauch unseres Systems bestehen. Auf der andern Seite aber sind die absolute Staats- und Parteiherrschaft, die Unterdrückung des Volkes und jeglicher Freiheit, der geistige und physische Terror alles Dinge, die zum System selber gehören. Sehen Sie da keinen Unterschied? Nein? Dann vielleicht eine kleine Ueberlegung: Alle Fehler unserer Demokratie bestanden doch wohl auch vor zwanzig Jahren, Ihrer Ansicht nach sogar noch stärker, da sich unsere Bonzen ja dank der kommunistischen Drohung gebessert hätten. Finden Sie nun, dass die Zustände da und drüben einander gleichzusetzen waren? Dass ein mangelhaft gelöstes Rentenproblem etwa den sechsmillionenfachen Judenmord aufhob?

Bereuen Sie vielleicht auch, dass kein gnädiges Schicksal die Auseinandersetzung zwischen dem Nationalsozialismus und der übrigen Welt verewigte, vielleicht im Interesse der Entente Cordiale, der industriellen Entwicklung oder was sonst die Vorteile gerade gewesen sein mochten? Das Volk, das Sie in Ihrem Brief so oft anführen, hat für die Freude an Grauen und Elend, sofern daraus ein eigener Vorteil resultiert, einen Namen: Kriegsgewinnlermentalität. Bei Ihnen handelt es sich zwar nicht darum, sondern um eine falsche Schlussfolgerung aus einer richtigen Beobachtung. Es trifft zu, dass sich bei uns vieles gebessert hat, weil der Kommunismus droht, und eine beschleunigte weitere Besserung in mancher von Ihnen genannten Beziehung wäre vonnöten. Aber wollen Sie wirklich um dieser Besserung willen, dass Millionen im Elend bleiben und weitere Millionen dazukommen; dass nahezu die Hälfte der Menschheit zur entwürdigendsten Heuchelei, zum Küssen der Peitsche gezwungen wird (vom immerhin hohen Prozentsatz der «Klassenfeinde», der nach jeder kommunistischen Machtergreifung physisch liquidiert wird, sei hier nicht die Rede — oder doch: Mit dem Hinweis nämlich, dass selbst ein nicht mehr empfundenes Adelsprädikat zur Einordnung in die Klassenfeinde genügt). Stellen Sie sich bitte eine gewaltige tödliche Seuche vor. Eine Ihrer Konsequenzen wäre vermutlich, dass die nicht Betroffenen etwas mehr auf Reinlichkeit achten würden. Würden Sie deswegen das gnädige Schicksal um den Fortbestand der Seuche anflehen? Uebrigens könnte es auch Sie treffen.

Im übrigen erinnern Sie sich doch noch einmal an die von Ihnen zitierten Industriellen, «die für unsere Arbeiter die russische Methode der Ausbeutung als das, was sie uns gönnen möchten, gar nicht ablehnen». *Den* Unterschied hätten Sie damit ja selbst genannt, dass bei uns der «Klüngel» seine Ausbeutung nicht praktizieren kann, im kommunistischen Bereich aber absolut. Konsequent wäre es daher, dafür zu sorgen, dass es bei uns nicht so wird wie dort, und dass gegen die dortige Ausbeutung etwas unternommen wird.

Potentielle Klüngel gibt es übrigens — da können Sie sicher sein — oben, unten und in der Mitte, links und rechts und zwischendurch. In der Demokratie wird er — sogut es immer geht — in Schach gehalten, im Totalitarismus ist er alleiniger und schrecklicher Machthaber. Ihr Vorwurf, dass wir «den Klüngel» verteidigen, ist — sagen wir einmal — unzutreffend: Wir wollen im Gegenteil dafür sorgen, dass er nicht allmächtig wird. Red. KB

Curriculum der Woche

NIKOLAJ WIKTOROWITSCH PODGORNI

Erster Sekretär des ZKs der Ukrainischen KP, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU.

Geboren 1903 in Karlowka bei Poltawa. Arbeitet seit seinem 15. Jahr in Fabriken. Beteiligt sich an der Schaffung der ersten Komsomolzellen und bekleidet verschiedene Posten in dieser Jugendorganisation. 1923 Studienaufnahme an der Arbeiterfakultät. Absolviert 1931 das Technologische Mikojan-Institut in Kiew und arbeitet darnach als Ingenieur in der ukrainischen Zuckerindustrie, wobei er regelmässig aufsteigt. 1937 bis 1939 Chefingenieur eines Zukkerindustrie-Trustes. 1939 wird er Stellvertretender Volkskommissar für Nahrungsmittelindustrie der UdSSR. Während des Krieges Direktor des Technologischen Instituts für Nahrungsmittelindustrie der UdSSR. 1946 bis 1950 ständiger Bevollmächtigter der ukrainischen Regierung beim UdSSR-Ministerrat. 1950 zum Ersten Sekretär des Gebietskomitees Charkow ernannt. Ab 1952 im ZK der Ukrainischen KP, 1957 Ernennung zum Ersten Sekretär. Ins ZK der KPdSU wird er auf dem 20. Parteikongress von 1956 gewählt, und am 4. Mai 1960 wird er Präsidiumsmitglied, nachdem er zwei Jahre Kandidat des Präsidiums gewesen war.

Landwirtschaft

Polen

Der plötzliche Profit

Die polnischen Staatsgüter, die 12 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche umfassen, waren bis vor kurzem mit mehreren Milliarden Zloty defizitär. Infolgedessen verursachte es ein grosses Aufsehen, als die Staatsgüter im Jahre 1960 unerwartet einen Reingewinn von 551 Millionen Zloty aufwiesen. Die amtlichen Stellen begründen diesen Erfolg mit der erfolgreichen Erweiterung der Produktion, Verminderung der Selbstkosten, Reduzierung der Arbeiterzahl und Erhöhung der Produktivität. So sei die Anzahl der in den Staatsgütern beschäftigten Personen von 405 000 (1956) auf 292 000 (1960) zurückgegangen, dagegen der pro Person erzielte Produktionswert von 18 000 Zloty (1956) auf 38 600 Zloty (1960) angestiegen. Ferner wurde 1958/1959 die Anzahl der Staatsgüter von 5200 auf 4972 herabgesetzt, womit die Verwaltungskosten weiter reduziert werden konnten. Gleichzeitig teilte man aber auch mit, dass in den vergangenen fünf Jahren die Staatsgüter, die eigentlich nur 12 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachen, jährlich 200 Millionen Zloty Unterstützung erhalten haben. Ferner ist auf Grund sowjetischer, ungarischer und anderer Beispiele anzunehmen, dass für die Erzeugnisse der Staatsgüter ein höherer Ankaufspreis gewährt wurde, als für die Erzeugnisse der privaten Landwirtschaft. Unter solchen Umständen ist es fraglich, inwiefern der ausgewiesene Reingewinn von 551 Millionen Zloty als reel zu betrachten ist.

Polen scheint nicht gewillt, Ulbricht mit Arbeitskräften auszuhelfen, die in der SBZ dringend benötigt werden. Ostdeutsche Anfragen in Polen sollen selbst in Gebieten abschlägig beantwortet worden sein, wo man Arbeitslosigkeit registrierte. Nach einer Interpretation läge ein Grund für das fehlende polnische Interesse allerdings darin, dass Gomulka seinen Arbeitern und Fachkräften nicht den Mund nach den höhern Arbeitslöhnen in der SBZ wässrig machen will. Die Regel ist übrigens nicht ohne Ausnahmen. Pankow, das sogar in Bulgarien nach geschultem Personal Ausschau hielt, konnte aus Polen doch einige Ingenieure und Techniker bekommen.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

Bern, 25. Oktober 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Eine ungewöhnlich grosse Ablösung unter den Parteikadern der Republiken und deutliche Kritik wegen Nichterfüllung der Produktionspläne in zahlreichen Gegenden ist eine in der Sowjetunion diskreter behandelte Begleitmusik zum Parteikongress.

Seit Monaten berichtet die sowjetische Presse über ausserordentliche Leistungen in der Industrie, in der Landwirtschaft, in der Wissenschaft und auf allen Gebieten der Kultur, die als Geschenke dem laufenden 22. Parteitag gewidmet werden. Man «schenkt» neue Maschinen und musikalische Werke, Ferkel und Gedichte, Kinderspielsachen und Weltrekorde.

Während dieses Propagandarummels erschienen in der Parteipresse fast unbeachtet die Berichte über die regionalen Parteikonferenzen, die, wie üblich, kurz vor dem Parteikongress stattfanden. An diesen Parteikonferenzen sprachen die verantwortlichen Parteileiter mit aller Offenheit über ein unbefriedigendes Voranschreiten des Siebenjahrplanes infolge der Nichterfüllung der vorgesehenen Produktionszahlen in verschiedenen Zweigen der Industrie und der Landwirtschaft.

Industrie: «In der Ukraine gibt es viele Fabriken und Bergwerke, die den Produktionsplan der ersten acht Monate dieses Jahres nicht erfüllten. Etwa 12,5 Prozent der nicht gelieferten Produktion entfallen auf den Volkswirtschaftsrat von Dnjepropetrovsk, wo über ein Drittel aller Betriebe ihre Pläne nicht erfüllen» («Prawda», 1. Oktober 1961).

Aehnlich ist die Situation im Industriegebiet von Ural: «Besorgniserregend ist der Rückstand einer Reihe von Betrieben der schwarzen Metallurgie in den Gebieten von Magnitogorsk, Nizhnij Tagil, Tscheljabinsk und Zlatoust. Diese Betriebe schulden dem Staat viel Stahl, Gusseisen und Walzgut. Hier hat man die Betriebe für die Erfüllung der erhöhten Pläne des Jahres 1961 schlecht vorbereitet» («Prawda», 5. Oktober 1961).

Der Erste Parteisekretär Kasachstans erklärte an der republikanischen Parteikonferenz: «Einer der wichtigsten Mängel stellt die Nichterfüllung der Produktionspläne durch viele Betriebe dar. Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass die Zahl der rückständigen Betriebe in Kasachstan nicht abnimmt, sondern von Jahr zu Jahr zunimmt. Im Jahre 1960 haben 23,6 Prozent der Industriebetriebe ihre Produktionspläne nicht erfüllt und in den acht Monaten des laufenden Jahres erreichte ihre Zahl schon 30,7 Prozent.» Die ungenügenden Produktionslieferungen betreffen «Gusseisen, Koks, Kohle, elektrische Energie, Eisenbetonkonstruktionen und Baumaterial».

In der Landwirtschaft steht wiederum Kasachstan im Mittelpunkt der Kritik (KB Nr. 41), daneben haben aber auch Weissrussland («Planzahlen bei weitem nicht erreicht»), Moldau («in den meisten Produktionszweigen nicht erreicht») und «zahlreiche Gebiete und Republiken» der RSFSR selbst die Erwartungen nicht erfüllt.

Das Bild wird durch die Neubestellung der Parteikader bestätigt. An den Parteikonferenzen in den einzelnen Republiken wurden die Wahlen in die Zentralkomitees und Revisionskommissionen durchgeführt. Aus den vorliegenden Ergebnissen von acht Sowjetrepubliken geht hervor, dass 40 bis 50 Prozent der Parteifunktionäre ausgewechselt wurden. Eine Ausnahme bildet mit 22 Prozent die Ukraine, was möglicherweise im Zusammenhang damit steht, dass der erste ukrainische Parteisekretär Podgorni zugleich Präsidiumsmitglied des ZKs der KPdSU ist.

Der Schnappschuss

Die Kriegsstimmung wird in der Sowjetunion gefördert. Indiz dafür sind die gegenwärtigen Bücherpublikationen. In der letzten Nummer des wöchentlichen Moskauer Vorankündigungskatalogs werden vom Militärverlag 36 und vom Verlag der paramilitärischen Organisationen (DOSAAF) 11 Bücher angekündigt. Dabei handelt es sich keineswegs um Fachwerke, sondern ausschliesslich um populäre Kriegsbeschreibungen, in denen die Taten der sowjetischen Armeen glorifiziert werden. Gleichzeitig wird die Erinnerung an die Greueltaten der Nazitruppen geweckt, die man in Parallele zu den heutigen «faschistischen Feinden» stellt, um den kriegerischen Hass zu wecken.

*

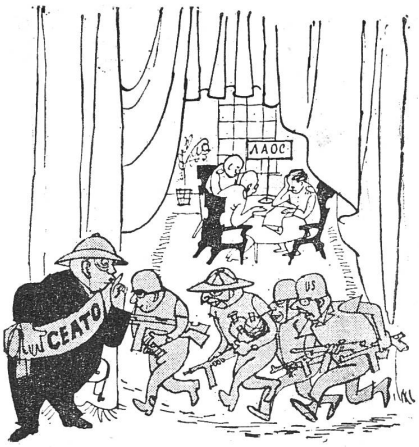
Sowjetischer Ferienluxus: Im Kurort Sotschi am Schwarzen Meer zeigt man den Fremden mit Stolz ein grosses weisses Gebäude, in dem 300 Stahlarbeiter ihre Erholung finden. Sie haben Bibliothek, Schwimmbad, Kino und Television zur Verfügung. Und drei (drei) Schlafzimmer. Hundert Mann pro Zimmer.

*

Eine schlechte Versorgungslage wird in Nordvietnam registriert. Teilweise ist sie auf schlechte Witterungsbedingungen zurückzuführen, teilweise auch auf das weitgehende Fehlschlagen der Kollektivierung, die trotz Notlage und Opposition durchgezwungen wurde.

Im Zusammenhang damit muss mit einer Verschärfung des nordvietnamesischen Angriffes auf Südvietnam gerechnet werden. Jede Diktatur verschafft sich innenpolitische Erleichterung durch aussenpolitische Schwierigkeiten.

Im Tibet herrscht laut indischen Meldungen wiederum Hungersnot.



Keine Chance

In Laos ist Souvanna Phouma mit der Bildung einer Koalitionsregierung beauftragt worden, aber der kommunistische Block betrachtet damit seine bewaffneten Aktionen im Lande keineswegs als abgeschlossen. Ueberall wird in der kommunistischen Presse unter Hinweis auf die «aggressive Militärpolitik der Seato» die Rechtfertigung für die Weiterführung der Pathet-Lao-Tätigkeit gesucht. Die bewährte Methode der Tatsachenumkehrung ist hierbei das Mittel. Während es in erster Linie die vom kommunistischen Ausland unterstützten Truppen des Prinzen Souphanouvong gewesen waren, die sich mit ihrer Ueberfallstaktik weder an Waffenstillstands- noch an Friedensverhandlungen hielten, wird im Ostblock den Lesern unermüdlich das Gegenteil eingehämmert: dass die Seato-Truppen sich während der Regierungsbildung zur Eroberung des Landes einschlichen. Dies kommt in unserer Darstellung aus der bulgarischen Zeitung «Rabotnitschesko Delo» (Sofia) ohne spezielle «Diskriminierung» zum Ausdruck.

Der USA-Vertreter ist der Letzte in der Reihe von Soldaten, die der geflüsterten Parole des Südostasien-Paktes Gefolgschaft leisten: «Ganz still und sachte bitte, wir wollen die Verhandlungen nicht stören.»

Eindeutig an die Adresse Washingtons gerichtet ist hingegen die Karikatur der «Krasnaja Swesda» (Roter Stern), der sowjetischen Armeezeitung. Die amerikanische Aggression, nach wie vor in der Verkörperung der Atombombe, unterweist die Konferenz der Seato-Staaten: «Den Vorsitz an diesem Tische führe ich.» Bezeichnend genug ist es, dass nebst den «Angriffsplänen» auf Laos auch der angeblich vorbereitete «Ueberfall» auf Vietnam auf den Wandkarten im Hintergrund dargestellt wird. Dabei ist es ja Südvietnam, dessen Existenz durch die bewaffnete Infiltration aus der kommunistischen Nachbarschaft (und bereits auch in grösserem Ausmass aus Laos) bedroht wird.